

Resolution

Das Netzwerk der Migrantenselbstorganisationen fordert die Abschaffung der Residenzpflicht in MV

Eine der wesentlichen politischen Forderungen des Netzwerkes der Migrantenselbstorganisationen aus MV war immer, dass die Landesregierung die Residenzpflicht abschafft.

Viele Mitglieder des Netzwerkes haben die schikanöse Praxis der Residenzpflicht über Jahre erleben müssen und wären in der Lage und auch bereit, an politischen Entscheidungsfindungen mitzuwirken.

Mit Erstaunen beobachten wir die Entwicklungen in Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und demnächst auch in Baden-Württemberg.

In diesen Bundesländern können sich auch AsylbewerberInnen grundsätzlich innerhalb der Landesgrenzen frei bewegen.

Der nun für MV vorliegende Entwurf sieht vor, anstelle der bisherigen vier Bereiche, drei einzuführen, in den sich AsylbewerberInnen erlaubnisfrei bewegen können.

Ein Schritt hin zu einer humanitären Flüchtlingspolitik ist das nicht. Die Landesregierung verkennt die Zeichen der Zeit. Sollten andere Bundesländer, möglicherweise alle, den Vorgaben, insbesondere Schleswig-Holsteins, folgen, steht zu befürchten, dass MV die einzige Gebietsstruktur in Europa ist, die an einer Residenzpflicht festhält.

Die Nachteile der Residenzpflicht sind offensichtlich: Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird unnötigerweise erschwert. Zugverbindungen orientieren sich nicht an den angedachten Bereichen. Die Teilhabe von Kindern an Ausflügen der Kita, der Schule, des Vereins werden erschwert. Gerade die zu erwartende Neuregelung für gut integrierte Kinder und Jugendliche verdeutlicht die Unsinnigkeit der Residenzpflicht. Gute Integrationsleistungen von Kindern und Jugendlichen sind nur zu erwarten, wenn die Teilhabe an Schul-, Kultur-, Sport und Freizeitangeboten uneingeschränkt möglich ist.

Das Netzwerk der Migrantenselbstorganisationen fordert deshalb die Abschaffung der Residenzpflicht in MV. Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung dieses diskriminierenden Gesetzes einzusetzen.

Die geplante (weitere) Lockerung der Residenzpflicht entspricht weder den gegenwärtigen noch den zukünftigen gesellschaftlichen Veränderungen.